

Der Stadtrat

Pionierstrasse 7
8403 Winterthur

Schweizerischer Städteverband
Frau Renate Amstutz
Postfach 8175
Monbijoustrasse 8
3001 Bern

17. April 2019 SR.19.73-2

Vernehmlassung - Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (Frist: 23. April 2019)

Sehr geehrte Frau Amstutz

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, zum Entwurf der Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen Stellung zu nehmen.

Der Bund kann Finanzhilfen für Massnahmen mit folgenden Zwecken ausrichten (vgl. Art. 4 Entwurf Verordnung):

- Schutz baulicher und technischer Art zur Verhinderung von Straftaten;
- Ausbildungen von Minderheiten im Bereich der Früherkennung und Bedrohungsabwehr;
- Sensibilisierung von Minderheiten und von Dritten hinsichtlich vorhandener Bedrohungen und angezeigter Vorkehrungen zur Gewährleistung der Sicherheit;
- Information über Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen namentlich hinsichtlich der sie betreffenden Herausforderungen im Sicherheitsbereich.

Die Zuständigkeit für die oben erwähnten Massnahmen liegt mehrheitlich im Sicherheitsbereich, und damit bei der Polizei, welche gestützt auf das Polizeigesetz sowohl sicherheits- als auch kriminalpolizeiliche Aufgaben wahrnimmt. In Ergänzung dazu ist dem interdisziplinären Aspekt der Massnahmen Rechnung zu tragen, insbesondere im Präventionsbereich.

Die Stadt Winterthur unterstützt die im Entwurf der Verordnung vorgesehenen Möglichkeiten zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten ausdrücklich und schlägt vor, die Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten um folgende zwei Elemente zu ergänzen:

- Einführung eines schweizweiten Meldesystems von Übergriffen auf Minderheiten,
- Schulung zur Früherkennung von Radikalisierungstendenzen:

Zum Meldesystem: Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR hat mit der Datenbank DoSyRa (Dokumentationssystem Rassismussvorfälle) ein Instrument initiiert, das sich bewährt hat. Beratungsstellen speisen ihre Fälle in die Datenbank ein. Um zielgerichtete und koordinierte Massnahmen ergreifen zu können, wäre es aus unserer Sicht auch wichtig, dass ein schweizweites Meldesystem analog DoSyRa eingeführt würde im Sinne eines Monitorings von Diskriminierungsvorfällen und Übergriffen auf Minderheiten (insbesondere jüdische und islamische Gruppen). Der städtischen Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention werden im Rahmen der niederschweligen Beratungsarbeit vereinzelt Übergriffe auf Minderheiten gemeldet. Ein schweizweites Monitoring würde eine objektive Übersicht zur aktuellen Lage ermöglichen als Grundlage für Massnahmen zum Schutz von Minderheiten. Sollte eine solche Implementierung nicht möglich sein, so wäre eine dazu notwendige Rechtsgrundlage zu prüfen.

Zur Schulung zur Früherkennung von Radikalisierungstendenzen: Besondere Erfahrungen haben wir als Stadt bei der Schulung im Bereich Früherkennung von Radikalisierungstendenzen bzw. im Bereich Ausbildung und Schulung von Vorständen der Minderheitsgruppierungen. Mit einem sich jährlich wiederholenden Fachseminar in Zusammenarbeit mit dem IPBm Darmstadt (Institut Psychologie und Bedrohungsmanagement Darmstadt) hat Winterthur eine Plattform geschaffen, über die sich auch Vorstandsmitglieder von verschiedenen Religionsgruppen bezüglich Risikoeinschätzung, Radikalisierungsformen und Fallmanagement bei konkreten Verdachtsmomenten ausbilden und mit den relevanten Fachpersonen vernetzen können. Die Plattform vermittelt fachliche Grundlagen und fördert die Vernetzung mit lokalen Fachstellen. Sie könnte auch in anderen Gemeinden und Städten adaptiert werden.

Wir erlauben uns zudem, diesem Schreiben einen Überblick über die Extremismusprävention von Winterthur anzufügen, welche u.a. der Früherkennung von möglichen Risiken verpflichtet ist, denen Minderheiten ausgesetzt sein könnten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Namen des Stadtrates

Der Stadtpräsident:



M. Künzle

Der Stadtschreiber:



A. Simon

Beilage:

Anhang 1 zum Stadtratsbeschluss SR.17.546-1 über «Interdepartementale Zusammenarbeit im Bereich Extremismus und Gewaltprävention: Organisationsstruktur und Gefässe»

Mailkopie an:

info@staedteverband.ch

Anhang 1 zum Stadtratsbeschluss SR.17.546-1 vom 21.6.2017 über «Interdepartementale Zusammenarbeit im Bereich Extremismus und Gewaltprävention: Organisationsstrukturen und Gefässe»:

Im Bereich Extremismus tätige Fachstellen:

Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention

Neben dem Betrieb einer niederschweligen Anlaufstelle sind zentrale Aufgaben der Fachstelle das Fachwissen innerhalb der Stadtverwaltung zu bündeln, die relevanten Akteure miteinander zu vernetzen und in Kooperation mit anderen Stellen gezielte Interventionen bei Gewaltbereitschaft durchzuführen. Gleichzeitig bündelt sie das Fachwissen zum Thema Extremismus und hat innerhalb der Stadtverwaltung den fachlichen Lead. Gemäss den Empfehlungen der Arbeitsgruppe hat die Fachstelle im Oktober 2016 mit einem Grobkonzept ihre Arbeit aufgenommen. Die Analyse der Gesamtsituation in Winterthur, die konkreten Aufgaben der Fachstelle und die Erarbeitung von definitiven Kooperationsstrukturen und Abläufen sollen im laufenden Betrieb konkretisiert werden. Verhältnismässige und zielgerichtete Massnahmen können so aufgrund von Verdachtsfällen und Anfragen konzipiert werden.

Die Fachstelle hat vom Stadtrat explizit den Auftrag die Extremismus- und Gewaltprävention auf dem bestehenden Präventionsnetzwerk aufzubauen. Wichtige Kooperationspartner in diesem Bereich sind Akteure aus den Bereichen Integration, Polizei, Sozialarbeit und Schule.

Fachstelle Integrationsförderung

Die Fachstelle Integrationsförderung ergänzt mit der «Spezifischen Integrationsförderung» die Angebote der Regelstrukturen. Sie setzt sich für eine erfolgreiche Integration der Migrantinnen und Migranten ein und schafft gute Rahmenbedingungen. Der Integrationsdelegierte ist für die Koordination der Integrationspolitik des Stadtrates verantwortlich und nimmt Querschnitts- und Vernetzungsaufgaben innerhalb der Stadtverwaltung wahr. Er ist Ansprechperson auch ausserhalb der Stadtverwaltung bei integrationsspezifischen Fragen, steht im Dialog mit den Migrantenvereinen, den Quartiervereinen, den Religionsgemeinschaften, Anbietern von Integrationsförderprojekten und anderen in der Stadt Winterthur tätigen Akteuren.

Aus dem Ausland zugezogene Personen werden informiert und beraten (Erstinformation für Neuzuzüger/innen aus dem Ausland, kostenlose Einzelberatung für Privatpersonen in verschiedenen Sprachen, Deutschkursberatung). Mit einem diversifizierten, niederschweligen Angebot an Integrationsprojekten werden Migrantinnen und Migranten im Integrationsprozess, v. a. beim Spracherwerb und in der sozialen Integration unterstützt.

Zur Integrationsförderung gehört auch eine Vermittlungsstelle, die vor allem in den Bereichen Bereiche Soziales, Schule und Gesundheit für städtische, aber auch für private Organisationen und andere Gemeinden in der Region interkulturell Dolmetschende vermittelt.

Fachstelle Brückenbauer der Stadtpolizei Winterthur

Seit Januar 2017 wurde die Stelle eines «Brückenbauers» geschaffen. Durch die «Brückenbauer» soll die Polizeiarbeit mit fremden Kulturen und Ethnien insgesamt erleichtert und professionalisiert werden. Die Stelle umfasst im Wesentlichen folgende Aufgaben:

Spezialisierung auf fremde Kulturen: Die «Brückenbauer» sollen sich vertieft auseinandersetzen mit anderen Kulturen und dazugehörigen Genderthematiken, Störungen zwischen Einheimischen und Ethnien sowie polizeilichen Herausforderungen im Umfeld der Migrations- und Asylbevölkerung.

Netzwerkarbeit: Dem direkten Austausch und der Netzwerkpflge mit entsprechenden Subkulturen und Religionsgemeinschaften kommt eine hohe Bedeutung zu. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit städtischen Stellen und anderen Behörden/Institutionen mit interkultureller Kompetenz. Durch den Aufbau von Vertrauen können Ereignisse präventiv verhindert werden.

Interne Ausbildung der Stadtpolizei: Um in Zukunft noch besser auf ethnien-spezifische Herausforderungen reagieren zu können, soll die interkulturelle Kompetenz des ganzen Korps der Stadtpolizei weiter ausgebaut werden. (Aus dem SR-Beschluss vom 24.8.2016)

Gewaltschutz Stadtpolizei Winterthur

Die Stadtpolizei Winterthur ist bereits seit mehreren Jahren aktiv in den Bereichen Gewaltschutz- und Bedrohungsmanagement tätig. Im Rahmen eines Grossprojekts hat sich die Stadtpolizei Winterthur zudem an der Ausarbeitung des Kantonalen Bedrohungsmanagements beteiligt, welches per Anfang 2015 erfolgreich eingeführt wurde. Heute umfasst das Netzwerk rund 320 Ansprechpersonen bei verschiedenen Behörden und Institutionen im ganzen Kanton Zürich und insbesondere auch in der Stadt Winterthur. Die Stadtpolizei Winterthur will diesen wichtigen polizeipräventiven Bereich weiter ausbauen und im 2017 einen eigenen Dienst Gewaltschutz etablieren, welcher im Wesentlichen für folgende Aufgaben zuständig ist:

- Aktive Früherkennung von gefährlichen Entwicklungen mit möglichem Gewaltpotential
- Dynamische Risikoanalysen und (langfristiges) Fallmanagement
- Gefahrenabwehr durch gezielte Einflussnahme auf Risiko- und Schutzfaktoren
- Fachpartner des Kantonalen Bedrohungsmanagements (KBM)
- Interdisziplinäre Fallbearbeitungen (Fallkonferenzen und Supervisionen)
- Anlaufstelle nach innen und aussen

Beim Gewaltschutz/Bedrohungsmanagement steht nicht die Bestrafung im Vordergrund, sondern die Entschärfung von möglichen gefährlichen Entwicklungen durch präventive Einflussnahme. Dies im Sinne von Erkennen, Einschätzen und Entschärfen. Die Abteilung Gewaltschutz will ein Ansprechpartner für gewaltbetroffene Personen, Behörden und Institutionen sein und durch ihr Handeln einen langfristigen Schutz der Gesundheit und Integrität gewährleisten.